

TOP 4 der Verbandsversammlung am 18.11.2024

Auswertung der öffentlichen Auslage des Entwurfs der Haushaltssatzung des AZV Oelsabachtal für das Haushaltsjahr 2025.

Beschlussvorlage

Die Verbandsversammlung beschloss am 23.09.2024 unter der Beschluss-Nr. 554 /2024 die ortsübliche Bekanntmachung und die öffentliche Auslage des Entwurfs der Haushaltssatzung des AZV Oelsabachtal mit Wirtschaftsplan für das Haushaltsjahr 2025. In der Zeit vom 30.09.2024 bis 09.10.2024 wurde der vollständige Schriftsatz in der Geschäftsstelle des AZV in Rabenau Bahnhofstraße 34 während der Geschäftszeiten zur Einsichtnahme öffentlich ausgelegt.

Nach Ablauf der öffentlichen Auslage und nach dem Ende der Einwendungsfrist wird folgendes festgestellt: Weder in schriftlicher noch in mündlicher Form wurden dem Abwasserzweckverband Einwände oder Änderungswünsche zur Haushaltssatzung des AZV für das Haushaltsjahr 2025 vorgelegt.

Beschluss-Nr.: 555 /2024

Die Verbandsversammlung bestätigt mit Beschluss 555 /2024 folgende Feststellung: Nach Beendigung der öffentlichen Auslage und nach Ablauf der Einwendungsfrist sind keine Änderungsvorschläge oder sonstigen Einwände zum Entwurf der Haushaltssatzung des AZV für das Haushaltsjahr 2025 beim AZV eingegangen.

Abstimmungsergebnis der zwei Verbandsmitglieder Rabenau und Dippoldiswalde mit jeweils 5 Stimmen:

Anzahl der Stimmberechtigten: 10

Anwesende Stimmberechtigte: ... Verbandsräte mit 10 Stimmen

... Ja (Dafür) Stimmen
... Nein (Dagegen) Stimmen
... Stimmenthaltungen

TOP 5 der Verbandsversammlung am 18.11.2024

Beratung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung des AZV Oelsabachtal für das Haushaltsjahr 2025.

Beschlussvorlage

Mit der Einladung zur Verbandsversammlung am 23.09.2024 erhielten die Verbandsräte den Entwurf der Haushaltssatzung des AZV Oelsabachtal für das Haushaltsjahr 2025 zugestellt.

In der Zeit vom 30.09.2024 bis 09.10.2024 wurde der Entwurf der Haushaltssatzung des AZV für das Haushaltsjahr 2025 in der Geschäftsstelle des AZV in Rabenau Bahnhofstraße 34 während der Geschäftszeiten öffentlich ausgelegt und diese Auslage ortsüblich bekanntgemacht.

Nach Ablauf der öffentlichen Auslage und nach dem Ende der Einwendungsfrist wurde festgestellt, dass es keine Einwände oder Änderungsvorschläge zum Entwurf der Haushaltssatzung des AZV für das Haushaltsjahr 2025 gibt. Auf der Grundlage des TOP 4 wird der Verbandsversammlung vorgeschlagen, die Haushaltssatzung des AZV für das Haushaltsjahr 2025 in der vorliegenden Fassung zu beschließen.

Beschluss-Nr.: 556 /2024

Nach Beratung beschließt die Verbandsversammlung die Haushaltssatzung des AZV für das Haushaltsjahr 2025 in der vorliegenden Fassung.

Abstimmungsergebnis der zwei Verbandsmitglieder Rabenau und Dippoldiswalde mit jeweils 5 Stimmen:

Anzahl der Stimmberechtigten: 10

Anwesende Stimmberechtigte: ... Verbandsräte mit 10 Stimmen

... Ja (Dafür) Stimmen
... Nein (Dagegen) Stimmen
... Stimmenthaltungen

TOP 6 der Verbandsversammlung am 18.11.2024

Beratung und Beschlussfassung zur Aufnahme eines Kredites entsprechend dem Investitionsbedarf des AZV Oelsabachtal im Haushaltsjahr 2025

Beschlussvorlage

Die Haushaltssatzung wurde erstellt aufgrund des § 74 der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018.

In 2025 sind Investitionen i.H.v. 781.250 EUR geplant. Schwerpunkt der Investitionstätigkeit in diesem Jahr ist weiterhin die Ertüchtigung der Schmutz- und Regenwasserkanäle im Ortsteil Oberhäslich der Stadt Dippoldiswalde i.H.v. insgesamt 512.750 EUR für Planung und Bauausführung und die Erneuerung eines Regenwasserkanals in Großoelsa i.H.v. 145.000 EUR. Des Weiteren sind verschiedene Investitionen i.H.v. 103.500 EUR auf der Kläranlage Rabenau geplant (Betriebsgebäude, Technische Ausrüstung Mechanische Vorreinigung, Energiemanagement). Für die abwassertechnische Erschließung von weiteren Grundstücken werden pauschal 20.000 EUR vorgesehen.

Abzüglich der üblichen 50 % Straßenentwässerungsanteil (Trennsystem) sowie den 2,5 % für Mischwasser ist die Aufnahme eines Kredites i.H.v. 615.000 EUR notwendig.

Der Verbandsversammlung wird die Kreditaufnahme für Investitionen gemäß § 2 der Haushaltssatzung des AZV Oelsabachtal für das Haushaltsjahr 2025 i.H.v. 615.000 EUR vorgeschlagen.

Beschluss-Nr.: 557 /2024

Nach Beratung beschließt die Verbandsversammlung, die Kreditaufnahme für Investitionen gemäß § 2 der Haushaltssatzung des AZV Oelsabachtal für das Haushaltsjahr 2025 i.H.v. 615.000 EUR, vorbehaltlich der abschließenden Genehmigung durch die Kommunalaufsicht.

Die Verbandsversammlung bevollmächtigt den Verbandsvorsitzenden, das wirtschaftlichste Angebot für den Investitionskredit i.H.v. 615.000 EUR zur Finanzierung der geplanten Investitionen gemäß § 2 der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025 zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis der zwei Verbandsmitglieder Rabenau und Dippoldiswalde mit jeweils 5 Stimmen:

Anzahl der Stimmberechtigten: 10

Anwesende Stimmberechtigte: ... Verbandsräte mit 10 Stimmen

... Ja (Dafür) Stimmen
... Nein (Dagegen) Stimmen
... Stimmenthaltungen

TOP 7 der Verbandsversammlung am 18.11.2024

Beratung und Beschlussfassung zur Plankalkulation der Abwassergebühren für den Zeitraum 2025 bis 2026

Beschlussvorlage

Durch die Kommunalberatung Heyder + Partner wurde auf Grundlage der Nachkalkulation 2023 sowie der Entwicklung 2024 eine neue Gebührenkalkulation für den Zeitraum 2025 bis 2026 durchgeführt.

In der Verbandsversammlung wurde den Verbandsräten die Gebührenkalkulation für den nächsten Zeitraum durch die Geschäftsführung erläutert.

Da die schwierige wirtschaftliche Lage weiter anhält, wird erneut ein Kalkulationszeitraum über 2 Jahre vorgesehen.

Der Verbandsversammlung wird vorgeschlagen, die Gebühren, wie dargestellt für die Jahre 2025 und 2026 zu bestätigen und in einer 8. Änderungssatzung zur Abwassersatzung des AZV Oelsabachtal zu beschließen (TOP 8).

Beschluss-Nr.: 558 /2024

Nach Beratung bestätigen die Verbandsräte die Ergebnisse der Gebührenkalkulation für den Zeitraum 2025 bis 2026. Der Beschluss zur 8. Änderungssatzung zur Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung des AZV Oelsabachtal erfolgt mit TOP 8.

Abstimmungsergebnis der zwei Verbandsmitglieder Rabenau und Dippoldiswalde mit jeweils 5 Stimmen:

Anzahl der Stimmberechtigten: 10

Anwesende Stimmberechtigte: ... Verbandsräte mit 10 Stimmen

... Ja (Dafür) Stimmen

... Nein (Dagegen) Stimmen

... Stimmenthaltungen

TOP 7 der Verbandsversammlung am 18.11.2024

Anlage zum

Beschlussvorschlag über die Kalkulation der Abwassergebühren für den Zeitraum 2025 bis 2026

1. Der Nachkalkulation für das Jahr 2023 wurde mit Beschluss 545 /2024 zugestimmt. Der Plankalkulation der Abwassergebühren für den Kalkulationszeitraum 2025 bis 2026 wird zugestimmt. Sie hat der Verbandsversammlung bei der Beschlussfassung über die Gebührensätze für den Kalkulationszeitraum 2025 bis 2026 vorgelegen.
2. Die in der Nachkalkulation 2023 ermittelte Kostenunter- bzw. -überdeckungen gingen in die Plankalkulation mit ein. Der Ausgleich der Kostenüberdeckung erfolgt innerhalb der folgenden fünf Jahre (jährlich 1/5).
3. Der Abwasserzweckverband erhebt für die Benutzung ihrer aufgabenbezogenen Einrichtung der Abwasserentsorgung Gebühren, bei denen eine Differenzierung zwischen der Art und dem Umfang der Inanspruchnahme der einzelnen Entsorgungsanlagen erfolgt. Es werden in folgenden Bereichen Gebühren erhoben:
 - Schmutzwasserentsorgung mit anschließender Abwasserbehandlung
 - Schmutzwasserentsorgung ohne anschließende Abwasserbehandlung (Einleitung in Teilortskanalisation)
 - Niederschlagswasserentsorgung
 - Dezentrale Schmutzwasserentsorgung aus Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben (differenzierte Einleitgebühr)
4. Der Abwasserzweckverband hat folgende Maßstäbe als Gebührenmaßstäbe festgelegt:
 - die Frischwassermenge für die Schmutzwassergebühr mit anschließender Abwasserbehandlung in m³ (Einleitgebühr) zzgl. einer Grundgebühr nach der Anzahl und Größe des Wasserzählers (Nenndurchfluss Q_n),
 - die Frischwassermenge für die Schmutzwassergebühr ohne anschließende Abwasserbehandlung in m³
 - die versiegelte und angeschlossene Fläche bei der Niederschlagswassergebühr in m²,
 - die Entsorgungsmengen an Fäkalschlamm aus Kleinkläranlagen und Abwasser aus abflusslosen Gruben in m³
5. Der Abwasserzweckverband hat für den neuen Plankalkulationszeitraum 2025 bis 2026 als Verzinzungsmethode die Restbuchwertmethode gewählt. Als Zinssatz für die kalkulatorische Verzinzung wurde ein Zinssatz von 4,0 % angesetzt.
6. Auf Grundlage der vorliegenden Gebührenkalkulation werden die Abwassergebühren (zentral / dezentral) für den Zeitraum 01.01.2025 bis 31.12.2026 wie folgt festgesetzt:

Schmutzwassergebühr	2,87 EUR / m³
Niederschlagswassergebühr	0,57 EUR / m²
Gebühr für die Einleitung in einen Teilortskanal	1,66 EUR / m³
Entsorgungsgebühr von Klärschlamm aus Kleinkläranlagen	54,97 EUR / m³
Entsorgungsgebühr von Abwasser aus abflusslosen Gruben	51,00 EUR / m ³
Saugschlauch-Mehrlängen-Zuschlag bei über 20 m	1,20 EUR / m
7. Weiterhin werden auf Grundlage der vorliegenden Gebührenkalkulation für die folgenden Bereiche **Grundgebühren** für den Zeitraum 01.01.2025 bis 31.12.2026 festgesetzt:

Zentrale Schmutzwasserentsorgung	Q _n bis 2,50 m ³ /h	6,20 EUR / Monat / Zähler
	Q _n bis 6,00 m ³ /h	14,88 EUR / Monat / Zähler
	Q _n über 6,00 m ³ /h	24,80 EUR / Monat / Zähler

4. Übersicht der Gebührensätze

Gebührenübersicht				
Bezeichnung	Bisheriger Gebührensatz	OHNE Verrechnung von KÜD/KUD	MIT voller Verrechnung von KÜD/KUD	
Gebühr für die zentrale Schmutzwasserbeseitigung				
Abwasser, das in öffentliche Kanäle eingeleitet wird und in einem Klärwerk gereinigt wird.	2,50 € je m ³	3,79 € je m ³	2,87 € je m ³	
Gebühr für die Niederschlagswasserentsorgung				
Abwasser, das in öffentliche Kanäle eingeleitet wird	0,40 € je m ²	0,59 € je m ²	0,57 € je m ²	
Gebühr für die Einleitung von Abwasser in Teilortskanäle				
Abwasser, das ohne Anschluss an ein Klärwerk im Sinne von § 46 Abs. 4 AbwS in öffentliche Kanäle eingeleitet wird	1,30 € je m ³	1,66 € je m ³	1,71 € je m ³	
Gebühr für die Entsorgung von Fäkalschlamm aus Kleinkläranlagen				
Abwasser aus Kleinkläranlagen, wenn dieses beim Klärwerk angeliefert wird	52,00 € je m ³	53,12 € je m ³	54,97 € je m ³	
Gebühr für die Entsorgung von Abwasser aus abflusslosen Gruben				
Abwasser aus abflusslosen Gruben, wenn dieses beim Klärwerk angeliefert wird	51,00 € je m ³	47,52 € je m ³	50,75 € je m ³	
Grundgebühr				
Grundgebühr für Grundstücke, die an die zentrale Schmutzwasserentsorgung angeschlossen sind (anhand durchschnittlicher Durchflussgeschwindigkeit Qn)				
Qn bis 2,50 m ³ /h	74,40 € je Jahr	74,40 € je Jahr		
Qn ab 2,51 bis 6,0 m ³ /h	178,56 € je Jahr	178,56 € je Jahr		
Qn über 6,0 m ³ /h	297,60 € je Jahr	297,60 € je Jahr		
Gebühr für Schlauchmehrlänge über 20 m				
Gebühr für Mehrlänge an Saugschlauch ab 20 m zusätzlich pro 1 m.	1,20 € je m	1,20 € je m		

TOP 8 der Verbandsversammlung am 18.11.2024

Beratung und Beschlussfassung zur 8. Änderungssatzung zur Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung

Beschlussvorlage

Gemäß TOP 7 der Verbandsversammlung am 18.11.2024 wurde die von der Kommunalberatung Heyder + Partner erstellte neue Gebührenkalkulation für den Zeitraum 2025 bis 2026 vorgestellt und nach Beratung bestätigt (Beschluss-Nr. 558 /2024).

Der Verbandsversammlung wird vorgeschlagen, die bereits bestätigte Gebührenanpassung zum 01.01.2025, nun in einer 8. Änderungssatzung zur Abwassersatzung des AZV Oelsabachtal zu beschließen.

Beschluss-Nr.: 559 /2024

Nach Beratung beschließen die Verbandsräte die bereits bestätigten Ergebnisse der Gebührenkalkulation für den Zeitraum 2025 bis 2026 in einer 8. Änderungssatzung zur Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung des AZV Oelsabachtal in der vorliegenden Fassung zum 01.01.2025.

Der Verbandsvorsitzende wird beauftragt, die 8. Änderungssatzung zur Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung zu unterzeichnen und öffentlich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis der zwei Verbandsmitglieder Rabenau und Dippoldiswalde mit jeweils 5 Stimmen:

Anzahl der Stimmberechtigten: 10

Anwesende Stimmberechtigte: ... Verbandsräte mit 10 Stimmen

... Ja (Dafür) Stimmen

... Nein (Dagegen) Stimmen

... Stimmenthaltungen

**8. Änderungssatzung
zur Satzung
über die öffentliche**

**ABWASSERBESEITIGUNG
(Abwassersatzung - AbwS)
Vom 17. November 2008**

Auf der Grundlage des § 56 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG), des § 50 des Sächsischen Wassergesetzes (SächsWG), der §§ 4, 14 und 124 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO), der §§ 5, 6 und 47 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) und der §§ 2, 9, 17 und 33 des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes (SächsKAG) in der jeweils gültigen Fassung hat die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes Oelsabachtal am 18.11.2024 folgende 8. Änderungssatzung zur Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung vom 17. November 2008 beschlossen:

**Artikel 1
Änderungen**

Der § 47 Höhe der Abwassergebühren der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung erhält folgende Fassung:

**§ 47
Höhe der Abwassergebühren**

- (1) Für die Teilleistung Schmutzwasserentsorgung gemäß § 41 Abs. 2 beträgt die Abwassergrundgebühr pro Wasserzähler und Monat bei einer Wasserzählergröße

<i>Q_n bis 2,50 m³/h</i>	<i>6,20 EUR/Monat</i>
<i>Q_n ab 2,51 bis 6,0 m³/h</i>	<i>14,88 EUR/Monat</i>
<i>Q_n über 6,0 m³/h</i>	<i>24,80 EUR/Monat</i>
- (2) Für die Teilleistung Schmutzwasserentsorgung gemäß § 41 Abs. 3 beträgt die Mengengebühr für Abwasser, das in öffentliche Kanäle eingeleitet und durch ein Klärwerk gereinigt wird **2,87 EUR** je Kubikmeter Abwasser.
- (3) Für die Teilleistung Niederschlagswasserentsorgung gemäß § 44 beträgt die Gebühr für Abwasser, das in öffentliche Kanäle eingeleitet wird **0,57 EUR** je Quadratmeter versiegelter Grundstücksfläche.
- (4) Für die Teilleistung der Einleitung von Abwasser in öffentliche Abwasseranlagen, die gemäß § 46 Abs. 4 nicht an ein Klärwerk angeschlossen sind, beträgt die Gebühr **1,66 EUR** je Kubikmeter Abwasser.
- (5) Für die Teilleistung Entsorgung von abflusslosen Gruben und Kleinkläranlagen werden keine jährlichen Grundgebühren erhoben.
- (6) Für die Teilleistung Entsorgung von abflusslosen Gruben beträgt die Gebühr für Abwasser, das vom Zweckverband gemäß § 46 Abs. 1 abgeholt wird **51,00 EUR** je Kubikmeter Abwasser.

(7) Für die Teilleistung Entsorgung von Fäkalschlamm aus Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben, der vom Zweckverband gemäß § 46 Abs. 1 abgeholt wird, beträgt die Gebühr **54,97 EUR** je Kubikmeter Fäkalschlamm.

(8) Die unter Abs. 6 und 7 erhobenen Gebühren beinhalten je Entnahmevorgang die Bereitstellung eines Saugschlauches mit einer Länge bis zu 20 m. Ist für die jeweilige Entnahme eine Mehrlänge erforderlich, wird hierfür ein Schlauchlängenzuschlag von **1,20 EUR** für jeden weiteren Meter Schlauch erhoben.

**Artikel 2
In-Kraft-Treten**

Diese Änderungssatzung zu § 47 tritt zum 01.01.2025 in Kraft. Gleichzeitig tritt der § 47 der 7. Änderungssatzung vom 07.11.2023 zur Abwassersatzung vom 17.11.2008 außer Kraft.

Ausgefertigt:
Rabenau, den 18.11.2024

gez. Paul
Verbandsvorsitzender

- Siegel -

Nach § 4 Abs. 4 SächsGemO gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der SächsGemO zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 SächsGemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- und Formvorschrift gegenüber dem AZV unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach den Nummern 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

TOP 9 der Verbandsversammlung am 18.11.2024

Beratung und Beschlussfassung zur Änderung der Verbandssatzung des AZV Oelsabachtal vom 17.03.2021 (1. Änderungssatzung)

Beschlussvorlage

Alle Verbandsräte erhielten mit der Einladung zur Verbandsversammlung den Entwurf der 1. Änderungssatzung der Verbandssatzung des AZV Oelsabachtal.

Gemäß den Beanstandungen des Staatl. Rechnungsprüfungsamtes Löbau (TNr. II 3.1) sollte der AZV die Verbandssatzung nach der Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2023 überarbeiten.

Die Änderungen betreffen §§ 21, 23 und 26 der Verbandssatzung vom 17.03.2021.

Gemäß Bescheid zur Haushaltssatzung 2020 des Landratsamtes Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Kommunalamt vom 04.02.2020 wurde ein weiterer Vortrag der bis 2019 festgestellten Jahresverluste im Sinne des § 12 Abs. 3 Satz 3 SächsEigBVO versagt und angeordnet, dass der AZV Oelsabachtal von seinen Mitgliedsgemeinden eine Umlage für besagten Verlustausgleich bis 2024 erheben soll. Mit Ablauf des Jahres 2024 werden daher die §§ 21 und 23 entsprechend überarbeitet.

In § 26 Abs. 1 der Verbandssatzung, Auflösung des Zweckverbandes, wurden die Vorgaben gemäß § 62 Abs. 1 SächsKomZG berücksichtigt.

Der Verbandsversammlung wird vorgeschlagen, der vorliegenden 1. Änderungssatzung zur Verbandssatzung des AZV Oelsabachtal zuzustimmen.

Beschluss-Nr.: 560 /2024

Die Verbandsversammlung beschließt nach Beratung die 1. Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Oelsabachtal in der vorliegenden Fassung, welche am Tag nach ihrer Veröffentlichung im Sächsischen Ausschreibungsblatt in Kraft tritt.

Die Verbandsversammlung beauftragt den Verbandsvorsitzenden, diese 1. Änderungssatzung auszufertigen und die Ausfertigung öffentlich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis der zwei Verbandsmitglieder Rabenau und Dippoldiswalde mit jeweils 5 Stimmen:

Anzahl der Stimmberechtigten: 10

Anwesende Stimmberechtigte: ... Verbandsräte mit 10 Stimmen

... Ja (Dafür) Stimmen

... Nein (Dagegen) Stimmen

... Stimmenthaltungen

1. Änderungssatzung
zur
Verbandssatzung
des

Abwasserzweckverbandes Oelsabachtal

Auf der Grundlage von § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 09.03.2018 (SächsGVBl. S. 62), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16.12.2020 (Sächs GVBl. S. 722), i.V.m. § 61 Abs. 1 und § 26 Abs.1 des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.04.2019 (SächsGVBl. S. 270) hat die Versammlung des Abwasserzweckverbandes Oelsabachtal, nachfolgend Zweckverband genannt, am 18.11.2024 folgende 1. Änderungssatzung zur Verbandssatzung vom 16.03.2021 beschlossen:

Artikel 1
Änderungen

Die §§ 21, 23 und 26 der Verbandssatzung erhalten folgende Fassung:

§ 21
Deckung des Finanzbedarfs

(1) Der Zweckverband hat das Recht, z. T. mittels gesonderter Satzungen Abgaben d. h. Benutzungsgebühren, Beiträge, Aufwandsersätze, Verwaltungsgebühren und abgabenrechtliche Nebenleistungen (Verspätungszuschläge Zinsen, Zwangsgelder und Säumniszuschläge) zu erheben.

(2) Der Zweckverband erhebt kostendeckende Entgelte entsprechend den gesetzlichen und abgabenrechtlichen Bestimmungen.

(3) Der Zweckverband erhebt, soweit seine sonstigen Einnahmen zur Deckung seines Finanzbedarfs nicht ausreichen, von den Verbandsmitgliedern Umlagen, in Form einer jährlichen Betriebskostenumlage (§ 22), einer jährlichen Investitionskostenumlage (§ 22a) sowie einer allgemeinen Umlage (§ 23). Vom Zweckverband für einzelne Verbandsmitglieder erbrachte Sonderleistungen sind nicht Bestandteil der Umlagen nach Satz 1; sie werden dem Zweckverband gesondert vergütet, und über die Höhe dieser Vergütung beschließt die Versammlung gesondert.

(4) Die Umlagenhöhe wird für jedes Wirtschaftsjahr in der Haushaltssatzung getrennt festgesetzt. Beim Erlass einer Nachtragshaushaltssatzung gilt Satz 1 entsprechend.

(5) Auf die Umlagen werden zum 31.03., 30.06. und 30.09. Vorauszahlungen in Höhe von einem Drittel der Jahresumlage erhoben. Die endgültige Höhe der Umlage ergibt sich aus der Feststellung des Jahresabschlusses und wird im Folgejahr festgesetzt.

(6) Die Umlagen werden zwei Wochen nach Anforderung fällig. Satz 1 gilt für Vorauszahlungen entsprechend.

(7) Rückständige Umlagen sind mit zwei Prozent über dem jeweiligen Basiszinssatz nach § 247 BGB zu verzinsen.

(8) Die Umlage für jedes Verbandsmitglied ist nach der Zahl der Einwohner und Einwohnerequivalente (EWG) des Verbandsmitgliedes zur Gesamteinwohnerzahl bzw. dem Gesamtabwasseranfall im Verbandsgebiet (§ 2 Abs. 2) zu bemessen.

Gemäß der in Satz 1 genannten Berechnungsgrundlage ergibt sich folgende Aufteilung:

	Rabenau	Dippoldiswalde	Gesamt
Einwohner	4.443	935	5.378
EWG	339	544	883
AW-Anfall (m³)	133.961	41.448	175.409
	77 %	23 %	

Für Verbandsmitglieder, bei welchen das Verbandsgebiet des Zweckverbandes nach § 2 Abs. 2 das gesamte Stadtgebiet umfasst, gilt als Einwohnerzahl, die Zahl, die vom Statistischen Landesamt jeweils zum 30.06. des Vorjahres herausgegeben wird.

Für Verbandsmitglieder, bei welchen das Verbandsgebiet des Zweckverbandes nach § 2 Abs. 2 nicht das gesamte Stadtgebiet umfasst, gilt als maßgebliche Einwohnerzahl, die Zahl der Einwohner, die das zuständige Einwohnermeldeamt per 30.06. des Vorjahres in dem betreffenden Stadtgebiet mit dem das Verbandsmitglied im Zweckverband vertreten ist, mit Hauptwohnsitz erfasst hat. Die Verbandsmitglieder nach Satz 3 teilen schriftlich dem Zweckverband jährlich bis zum 31.07. die maßgebliche Einwohnerzahl für das betreffende Stadtgebiet schriftlich mit.

...

§ 23
Allgemeine Umlage

(1) Der aufgrund uneinbringlicher Kosten entstandene, nicht gedeckte Gesamtaufwand ist als allgemeine Umlage festzusetzen.

...

§ 26
Auflösung des Zweckverbandes

Artikel 2
In-Kraft-Treten

(1) Der Zweckverband kann mit einer Dreiviertelmehrheit aller satzungsmäßigen Stimmen seine Auflösung beschließen.

Der Beschluss der Auflösung bedarf der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde. Im Übrigen gilt § 62 Abs. 1,3 bis 5 SächsKomZG.

(2) Bei Auflösung des Zweckverbandes werden verbleibende Verbindlichkeiten und Forderungen sowie das Zweckverbandsvermögen im Zeitpunkt der Auflösung auf die Verbandsmitglieder nach dem jeweiligen Prozentverhältnis der Zahl der Einwohner des jeweiligen Verbandsmitgliedes zu den gesamten Einwohnern im Verbandsgebiet aufgeteilt.

Für Verbandsmitglieder, bei welchen das Verbandsgebiet des Zweckverbandes nach § 2 Abs. 2 das gesamte Stadtgebiet umfasst, gilt als Einwohnerzahl, die Zahl, die vom Statistischen Landesamt jeweils zum 30.06. des Vorjahres herausgegeben wird.

Für Verbandsmitglieder, bei welchen das Verbandsgebiet des Zweckverbandes nach § 2 Abs. 2 nicht das gesamte Stadtgebiet umfasst, gilt als maßgebliche Einwohnerzahl, die Zahl der Einwohner, die das zuständige Einwohnermeldeamt per 30.06. des Vorjahres in dem betreffenden Stadtgebiet, mit dem das Verbandsmitglied im Zweckverband vertreten ist, mit Hauptwohnsitz erfasst hat.

(3) Die Abwicklung der Auflösung des Zweckverbandes wird durch den Verwaltungsrat in seiner Besetzung vor der Auflösung durchgeführt. Die Verbandsversammlung hat sich über eine Auflösungsvereinbarung zu einigen.

(4) Die zum Zeitpunkt der Auflösung des Zweckverbandes beschäftigten hauptamtlichen Bediensteten sind nach den Grundsätzen des Abs. 3 von den Verbandsmitgliedern zu übernehmen. Die Übernahme ist so zu regeln, dass bisher erworbene Rechte und Anwartschaften weiterhin gewährleistet werden. Sofern Verbandsmitglieder keine Bediensteten übernehmen oder der Zweckverband Aufwendungen für die Ablösung von Arbeitsverhältnissen hat, kann er bestimmen, dass Sonderleistungen (§ 21 Abs. 3 Satz 2) zu entrichten sind.

(5) Für Verpflichtungen des Zweckverbandes, die nur einheitlich erfüllt werden können, und die über die Abwicklung hinauswirken, bleiben die Verbandsmitglieder Gesamtschuldner. Die Erfüllung solcher Verpflichtungen ist, wenn bei der Auflösung nichts anderes vereinbart wird, Aufgabe der Sitzgemeinde. Die übrigen Mitglieder haben ihren Anteil nach dem Maßstab des Abs. 2 zu zahlen. Im Übrigen haften die Verbandsmitglieder des Zweckverbandes als Gesamtschuldner.

Diese Änderungsatzung zu §§ 21, 23, 26 tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde und der öffentlichen Bekanntmachung dieser Satzung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft. Gleichzeitig treten die §§ 21, 23, 26 der Verbandssatzung vom 17.03.2021 außer Kraft.

Ausgefertigt:
Rabenau, den 18.11.2024

Abwasserzweckverband Oelsabachtal

gez. Paul
Verbandsvorsitzender

- Siegel -

Nach § 4 Abs. 4 SächsGemO gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der SächsGemO zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,

2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,

3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 SächsGemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,

4. vor Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist

a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder

b) die Verletzung der Verfahrens- und Formvorschrift gegenüber dem AZV unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach den Nummern 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

TOP 10 der Verbandsversammlung am 18.11.2024

Informationen und Verschiedenes

1. Bautenstand Oberhäslich, 1. BA Fiebigstraße
2. Bautenstand Rabenau, Fichtenstraße
3. Bautenstand Rabenau, WG Alte Ziegelei
4. Beanstandungen des Staatl. Rechnungsprüfungsamtes Löbau